

Geleitwort

Eine umfassende Geschichte der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in den Ländern der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1955 steht noch aus. Rainer Hudemanns grundlegende Arbeit über die Sozialpolitik im deutschen Südwesten von 1945 bis 1953 ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Nach wie vor sind wesentliche Teilbereiche der Nachkriegsentwicklung in der französischen Besatzungszone unbekannt. Im Gegensatz zur Bedeutung der Sozialpolitik in der praktischen Politik nach 1945 hat sich die Forschung über die französische Zone mit diesem Thema bisher nur wenig beschäftigt. Sozialpolitisch relevante Fragen standen in den Anfangsjahren im Mittelpunkt der parlamentarischen Auseinandersetzungen. Es ging um die Sicherstellung der Ernährung, die Minderung der Wohnungsnot, die Hausbrandversorgung, die Bewältigung des Flüchtlingsproblems, den Lastenausgleich oder die Versorgung der Kriegsoffer. Es fehlte an den dringlichsten Voraussetzungen für einen auch nur notdürftigen Lebensunterhalt.

Allergrößte Sorge bereitete der Bevölkerung, den deutschen Politikern und Behörden die schwierige Ernährungslage. Die von französischer Seite festgelegten Kalorienmengen reichten nicht einmal aus, um die Bevölkerung vor einem weiteren Kräfteverfall zu bewahren. Unter dem Eindruck der Demontagen, Requisitionen und laufenden Lebensmittelenahmen durch die französische Militärregierung verstärkte sich die Neigung, der Besatzungsmacht die Verantwortung für die vorhandenen Notstände zuzuschreiben.

In der Forschung über die französische Besatzungspolitik und genauso auch in der Erinnerung der betroffenen Bürger standen die französischen Aktivitäten, die eigene Zone wirtschaftlich für den innerfranzösischen Wiederaufbau zu nutzen, bis heute im Vordergrund.

Rainer Hudemann hat das Thema der Sozialpolitik auf die Kriegsofferversorgung und den Aufbau der Sozialversicherung in der französischen Besatzungszone eingegrenzt. Die Untersuchung erfolgt unter allgemeinpolitischen Fragestellungen und kommt zu dem Ergebnis, daß die französische Besatzungspolitik nicht in dem bisher vermuteten Ausmaß für die soziale und wirtschaftliche Notsituation der Nachkriegsjahre im deutschen Südwesten verantwortlich war. Der Ambivalenz der politischen Konzepte und Verlautbarungen der Besatzungsmacht entsprach ihr praktisch-politisches Vorgehen. Harten wirtschaftspolitischen Maßnahmen standen aktive Neuordnungsansätze gegenüber, die auf eine Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft gerichtet waren.

Gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik sind die demokratischen Neuordnungsgrundsätze der französischen Besatzungspolitik besonders deutlich. Rainer Hudemann stellt heraus, daß die Reform der Sozialversicherung in der französischen Zone — abgesehen von Bremerhaven — der einzige Versuch zur Errichtung einer Einheitskrankenkasse auf dem Territorium der heutigen Bundesrepublik gewesen ist. 1948 konnten in den Ländern der französischen Besatzungszone die ersten Sozialwahlen der Nachkriegsgeschichte abgehalten werden.